

Deutsche Lehren aus dem Irak-Krieg

Johannes Urban

Schon vor Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes setzte in den USA eine mitunter selbstkritische Debatte über den jüngsten Krieg im Irak ein. Prominente Befürworter einer Entwaffnung und politischen Neuordnung des Irak mit militärischen Mitteln reflektieren seither über die Stichhaltigkeit ihrer Argumente. Michael Ignatieff etwa, der den Krieg aus humanitären Gründen unterstützte, nennt seine Haltung heute naiv. Zwar sei es Amerika gelungen, einen schrecklichen Diktator zu stürzen, alles andere jedoch sei schief gelaufen, sei „eine moralische Schande und eine strategische Katastrophe“ gewesen (*New York Times Magazine* vom 27. Juni 2004).

So viel Reflexion findet sich selten, jenseits wie diesseits des Atlantiks. Zu sehr mangelt es vielen an der Bereitschaft, die eigene Haltung auf den Prüfstand zu stellen. Dabei ließen sich auch aus deutscher Sicht wichtige Lehren aus dem Irak-Debakel ziehen. Dies gilt nicht nur für die Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch für die Parteipolitik. Dabei ist nicht immer alles so, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Nüchtern gilt es deshalb, populäre Thesen einem Belastungstest zu unterziehen. Nicht aus Rechthaberei oder Schadenfreude, sondern um die nächste Krise besser bewältigen zu können.

Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen

Das Fehlen jeglicher Hinweise auf intakte irakische Programme zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen nährt bei

vielen Zeitgenossen die Gewissheit, dass diese nicht nur im Fall des Irak keine nennenswerte Bedrohung darstellen. Die Warnungen der Geheimdienste vor den Folgen unkonventioneller Anschläge erscheinen vielen heute noch fantastischer als vor dem Krieg. Tatsächlich ist fraglich, welche Glaubwürdigkeit die US-amerikanische „Intelligence Community“ nach dem Irak-Debakel noch beanspruchen kann. Freunde Amerikas kommen wohl nicht um die Erkenntnis herum, dass dort nach dem 11. September 2001 – besonders unter Präsident George W. Bush – ideologische Rationalitäten langfristige Interessen und gemeinsame Werte überlagern. Doch aus dem Versagen der US-Dienste beziehungsweise ihrer gezielten politischen Instrumentalisierung darauf zu schließen, dass die aus vielen Erkenntnissen gespeisten Bedrohungsanalysen irrelevant sind, wäre töricht. Dass Terroristen mithilfe zunehmend verfügbaren Spezialwissens und gefährlicher Stoffe Chemie- oder Biowaffen entwickeln oder gar eine radiologische Bombe zünden könnten, ist keine Spinnerei. Es ist ein ernst zu nehmendes Szenario, auf das es konstruktiv Antworten zu finden gilt – bevor es eintritt und zu katastrophalen Konsequenzen führt. Damit ist nicht dem „Präventivkrieg“ das Wort geredet. Vorprogrammiert sind jedoch Krisen, in denen zu „präemptivem“ Vorgehen – also gegen Staaten oder andere Akteure, die sich Massenvernichtungswaffen beschaffen, um sie einzusetzen – keine Alternative bleibt.

Der Schwerpunkt deutscher Bemühungen indes sollte anderswo liegen: auf der Prävention der Verbreitung gefährlicher Materialien und gefährlichen Wissens. Entgegen der Irak-Rhetorik rot-grüner Spitzenpolitiker nimmt die Bundesrepublik diese Problematik zunehmend ernst. Ergänzend zu den bestehenden, vergleichsweise bescheiden finanzierten Maßnahmen der Proliferationsbekämpfung, beteiligt sie sich an der „Proliferation Security Initiative“ der USA, einem Programm zur Unterbindung des Transports von Massenvernichtungswaffen, Trägersystemen sowie relevanter Materialien und Technologien. Dass sie dabei strikt den Einsatz militärischer Mittel ausschließt (vergleiche Bundestagsdrucksache 15/2310), macht deutlich: Deutschland glaubt weiterhin, dass Diplomatie ausreicht, um Staaten und andere Akteure vom Beschaffen, Entwickeln oder gar Einsetzen von Massenvernichtungswaffen abzuhalten. Wer das findige Täuschen und Tricksen der Nordkoreaner und Iraner beobachtet, weiß: Diese Hoffnung könnte leicht enttäuscht werden.

Statt weiter allein darauf zu setzen, ultimative Maßnahmen zu vermeiden, gilt es, vorausschauend international tragfähige Regeln für den Fall der Fälle zu entwickeln. Notwendig ist ein Kriterienkatalog, wann und wie Verstöße gegen – an die neue Lage anzupassende – Proliferationsbestimmungen geahndet werden sollten. Nur so sind vorprogrammierte militärische Alleingänge der USA, Israels oder anderer sich bedroht fühlender Staaten zu vermeiden. Wer heute nicht die Krisenprävention verschärft, wird mit der Verschärfung der Krisen von morgen leben müssen.

Humanitäre Intervention

Zum intellektuellen Flurschaden des Irak-Debakels zählt zweitens die Diskreditierung militärischer Maßnahmen zur

Abwendung humanitärer Katastrophen. Wen wundertes, hatte George W. Bush die „humanitäre Karte“ doch erst recht spät ausgespielt und Vize-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz durchblicken lassen, dass man eben auch den Liberalen einen Kriegsgrund hätte bieten wollen. Wenig human muten zudem die täglichen Bilder vom Leben und Sterben im Irak an, vom Frust und Leiden der befreiten Iraker, deren Welt unter den Augen der siegreichen Amerikaner Kriminellen und Terroristen zum Opfer fiel. Auch wenn die von den Kriegsgegnern prophezeiten „hunderttausenden von Toten“ nicht zu beklagen sind: Wer den Irak-Krieg heute noch als humanitäres Projekt würdigt, blendet die schrecklichen Folgen des Krieges aus. Sich deshalb darin bestätigt zu sehen, dass „Krieg immer ungerecht“ ist, ist eine ebenso blinde Sichtweise – blind für den manchmal nur mit der Macht der Waffen zu bändigenden Hass verfeindeter Ethnien, Stämme und Glaubensgemeinschaften. Die Katastrophe im Irak lehrt nicht, dass es prinzipiell ungerecht ist, Menschenrechte mit Waffen zu erzwingen. Sie unterstreicht vielmehr, dass humanitäre Interventionen nur dann ihrem Anspruch gerecht werden, wenn ihr positives Ergebnis in einem überproportional großen Verhältnis zum militärisch abgewendeten wie auch zum durch Kampfhandlungen bewirkten Schaden steht. Michael Walzer, Philosoph an der liberalen US-Universität Princeton, fordert zu Recht eine Weiterentwicklung des Völkerrechtes entlang eines *jus post bellum*. Demnach kann kein Krieg gerecht sein, dessen Folgen ungerecht sind. Das Nachkriegschaos im Irak fällt zumindest bislang in diese Kategorie. Trotz des Sterbens Unschuldiger kann eine humanitäre Intervention jedoch gerecht sein – wenn sie Schlimmeres abwendet und zur Grundlage einer neuen, gerechten Ordnung wird.

Der Maßstab der Moral wird damit nicht nur an das Handeln vor und in ei-

nem Krieg, sondern auch nach einem Krieg angelegt. Die „Koalition der Willigen“ würde dabei sicher in keiner Kategorie besonders gut wegkommen. Doch auch die moralisierende Selbstzufriedenheit der deutschen Kriegsgegner scheint mit Blick auf die humanitären Folgen unangebracht. Mit der Ablehnung eines von den USA diktierten militärischen Vorgehens lag die deutsche Regierung grundsätzlich richtig. Ihre konfrontative, besserwisserische Politik hat der irakischen Bevölkerung jedoch wenig genutzt. Die wahltaktisch motivierte Fundamentalopposition zu den USA trug nicht zu einer Verhinderung des Krieges bei, sondern machte es der Bush-Administration noch leichter, die eigenen Fronten zu schließen. Filmreif spielten die Regierungen beider Seiten einander in Rage – mit dem Showdown im Weltsicherheitsrat als mediengerechtem Höhepunkt. Dabei hatten beide Seiten weniger das Wohl der Iraker als die eigenen politischen Ziele im Auge. Der Bundesregierung erschien es wichtiger, die Amerikaner sich im Irak eine blutige Nase holen zu lassen, als bis zum letzten Moment um eine die Eskalation verregelnde UNO-Resolution zu ringen. Dieses Kalkül leitete die deutsche Politik selbst dann noch, als deutsche Hilfe vor allem der irakischen Zivilbevölkerung zugute gekommen wäre. Die späte Einwilligung in eine NATO-Mission zur Unterstützung der irakischen Stabilisierungsmaßnahmen zeigt, dass letztlich auch die Bundesregierung ihre humanitär wie strategisch fragwürdige Position nicht halten kann. Auch für die Zukunft darf die Lehre des Irak-Krieges nicht sein, humanitäre Erwägungen dem strategischen Kalkül der Schwächung eines übermächtigen Bündnispartners zu opfern.

Souveränität durch Sonderwege

Genau darin, dem Goliath Amerika die Stirn zu bieten, sehen manche die große

Leistung des „Deutschen Weges“. Gregor Schöllgen feiert ihn gar als Rückkehr auf die Bühne der Weltpolitik. In der Logik der neorealistischen Außenpolitik-Theorie sieht er es als Souveränitätsgewinn an, wenn Deutschland seine Bindung zu Amerika löst und mit den Protagonisten einer multipolaren Weltordnung – Frankreich, Russland und China – neue Allianzen schmiedet. Tatsächlich ist es der Bundesregierung gelungen, ein solches Bündnis mitzuformen. Entgegen der arroganten Annahme der „Bushisten“, man könne Deutschland an die Seite zwingen oder isolieren, ist Deutschland ein diplomatischer Überraschungscoup geglückt. Doch hat Deutschland so mehr Gestaltungskraft erlangt?

Zieht man die Unabhängigkeit außenpolitischer Entscheidungen als Maßstab heran, gibt es wenig Anhaltspunkte für einen Gewinn. Dies gilt erstens für das Verhältnis zu Amerika. Unbestritten demonstrierten Schröder und Fischer mit dem „Deutschen Weg“, dass Deutschland auch anders kann. Es ist groß und stark genug, einem hegemonialen Partner die Stirn zu bieten. Allerdings hat so weder die sicherheitspolitische noch die ökonomische Abhängigkeit der ungleichen Partner nennenswert nachgelassen. Intensive Bemühungen von Wirtschaft und Politik um eine atlantische Revitalisierung zeigen dies ebenso wie die sich ankündigende Renaissance der NATO. Was Deutschland an Unabhängigkeit von den USA gewann, hat es zudem gegenüber anderen Partnern eingebüßt. Dies gilt besonders für das Verhältnis zu Frankreich. Nüchtern betrachtet, gelang es Frankreich, Deutschland aus der Situation temporärer Isolierung heraus enger an sich zu binden als je zuvor.

Noch deutlicher wird die Erosion deutscher Gestaltungsmacht mit Blick auf ihre zweite und im Kontext der Globalisierung wichtigere Dimension: die Fähigkeit, Einfluss auf wichtige Partner zu nehmen. Dass sich der Einfluss Deutschlands

auf den Partner USA seit der Irak-Konfrontation trotz wichtiger Beiträge zu US-amerikanischen Zielen – zum Beispiel bei der Bekämpfung des internationalen islamistischen Terrorismus – mager ausnimmt, bedarf keiner Erläuterung. Als Beispiel sei lediglich das Engagement der USA gegen einen ständigen Sitz Deutschlands im UNO-Sicherheitsrat genannt. Die Anhänger des „Deutschen Weges“ kümmert dies wenig. Es liegt ihm ja die Hypothese zu Grunde, dass sich auf die USA ohnehin kaum mehr Einfluss nehmen lässt – ein Argument, das für die im Amt bestätigte Administration kaum von der Hand zu weisen ist. Manche sprechen den USA gar ab, für die gemeinsamen westlichen Werte zu stehen, und fordern wie Jürgen Habermas eine „Wiedergeburt Europas“ als Gegenmodell zu Amerika. Doch die Folterknechte von Abu Ghraib sind ebenso wenig repräsentativ für das amerikanische Volk, wie die Vorherrschaft neokonservativer Ideologen von ewiger Dauer sein dürfte. Die USA bleiben auf absehbare Zeit der wichtigste, da potenteste und am ehesten mit den europäischen Werten, Interessen und Zielen kompatible Partner zur Bearbeitung gemeinsamer Probleme.

Geringer politischer Einfluss

Wie steht es um den Einfluss auf die Partner in Europa, auf Russland und China? Am ehesten lässt sich mit Bezug auf Frankreich von einem Einflussgewinn sprechen. Er besteht in einem insgesamt harmonischeren Zusammenwirken auf europäisierten Politikfeldern. Der Preis für diesen Gewinn ist mit der zunehmenden Abhängigkeit bereits genannt; seine Grenzen zeigen sich in vielen Fragen des bilateralen Verhältnisses, insbesondere in der Wirtschafts- und Industriepolitik. Der europäische Kontext offenbart weitere Nebenwirkungen der deutsch-französischen Liaison: Nicht nur die „acht“ weisen den Führungsanspruch des Duos zu-

rück. Deutschland hat im Osten des Kontinentes an der Seite Frankreichs mühsam aufgebautes politisches Kapital eingebüßt. Noch weiter im Osten, dort, wo die Anhänger einer multipolaren Ordnung die Partner der Zukunft wähen, hat Deutschland diese Verluste nicht wettmachen können. Die jüngsten Staatsbesuche in Russland und China sind dafür symptomatisch. Am selben Tag, an dem die Verstaatlichung des wichtigsten Ölkonzerns des Landes eingeleitet wurde, lobte Schröder die Reformpolitik seines Freundes Putin. Im Gegenzug schloss die russische Seite einen aus deutscher Sicht besonders wichtigen Teilnehmer von den Gesprächen aus – weil sich Putin auch für dessen Energieunternehmen interessiert. Angesichts der angekündigten Kontrolle von 1063 „strategisch wichtigen“ Firmen der für Deutschland wichtigen Energieindustrie durch den Kreml sprechen russische Regierungskritiker vom „Übergang zum Staatskapitalismus“ – eine Entwicklung, die nicht im deutschen Interesse liegt (vergleiche *Handelsblatt* vom 17. August 2004). Begibt man sich auf die Ebene der Werte, trübt sich das Bild weiter ein. Noch während des Schröder-Besuches etwa wurde ein weiterer Putin-kritischer Journalist erschossen. Während Gerhard Schröder der Tschetschenien-Politik seines Freundes Putin Unbedenklichkeit bescheinigt, werden dort Wahlen manipuliert, die Bevölkerungsmehrheit unterdrückt und so islamistischen Extremisten in die Hände gespielt. Von strategischem Einfluss Deutschlands oder gar einer weitgehenden Identität der Interessen und Werte kann kaum die Rede sein.

Ebenso lässt der Verlauf des Staatsbesuches Außenminister Fischers in China vermuten, dass Deutschland auch bei diesem Partner kaum an Einfluss gewonnen hat. Zwar vereinbarten beide Länder, ihre Beziehungen auszubauen. Mit brüskierten Worten wies der chinesische Außenminister Li Zhaoxing jedoch die Kritik Fi-

schers an den eklatanten Menschenrechtsverstößen im letzten kommunistischen Großreich zurück: China brauche keine Belehrungen (vergleiche *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Juli 2004). Auch wenn Deutschland sich durch seine Kriegs-Opposition weltweit Sympathien erwerben konnte: Schröders Sonderweg hat zumindest bisher weder zu mehr Handlungsfreiheit noch zu nennenswert mehr Einfluss auf die Weltpolitik geführt. Dass er Idealisten wie Neorealisten im linken und rechten Lager trotzdem so gut gefällt, sollte Realisten wie Liberale aufhorchen lassen.

Mobilisierung durch Polarisierung?

Darin besteht das Geniale der „neuen deutschen Außenpolitik“: Sie verbindet die Logik des nationalen Interesses mit der Moral des Eintretens für eine friedliche Welt – und spricht so Zielgruppen in beiden politischen Lagern an. Die Wahlkampfformel „Friedensmacht im deutschen Interesse“ bringt dieses Kalkül auf den Punkt – und verrät die primär innenpolitische Motivation ihrer Schöpfer. Den Strategen von SPD und Grünen ist es gelungen, den bisweilen chaotischen Konfrontationskurs des Kanzlers zu einer von vielen als konsequent wahrgenommenen außenpolitischen Konzeption zu formen. Ihre parteipolitische Brisanz liegt darin, dass sie das konservativ-liberale Lager spaltet – indem sie dessen Werte zugleich in Anspruch nimmt und in Abrede stellt. Die Union zählt demnach zu den Kriegstreibern, wird als „Partei der Vasallen“ für die Fehlritte der USA haftbar gemacht, jede Kritik schließlich als Verrat am außenpolitischen „Konsens“ gebrandmarkt.

Zwar konnte die Koalition mit dieser Polarisierungsstrategie zuletzt keine Wahlerfolge mehr erringen. Dies sollte jedoch nicht über ihr Potenzial zur Mobilisierung

der eigenen Stammwählerschaft und – vielleicht noch wichtiger – zur Verunsicherung der bürgerlichen Mitte hinwegtäuschen. Besonders die Union leidet bis dato unter ihrer Uneinigkeit in der Irak-Politik. Sie hat bis heute weder eine politisch-taktische noch eine konzeptionell-strategische Antwort auf die „neue deutsche Außenpolitik“ gefunden. In der Irak-Frage wurden „Tauben“ und „Falken“ genüsslich gegeneinander ausgespielt. Im medialen Geschrei blieben die „Eulen“ – so nannte der US-amerikanische Politikwissenschaftler Joseph Nye die Fraktion der zur Eskalation bereiten, aber friedensbemühten Abwäger (vergleiche *Financial Times* vom 21. Oktober 2002) – ungehört oder wurden rigoros zu Kriegstreibern gestempelt. Das Ergebnis: eine für die Mehrheit der Bevölkerung nicht klar erkennbare, „latent kriegstreiberische“ und damit suspekta Haltung.

Wie aber soll die Union ohne klare und überzeugende Antworten ihre Wählerschaft mobilisieren, geschweige denn verunsicherte Wechselwähler? Die zentrale Lehre aus dem Wahlkampf um den Irak lautet daher, sich konzeptionell wie operativ besser auf scheinbar unwahrscheinliche politische Szenarien vorzubereiten. Stäbe, Stiftungen und externe Beraterkreise werden eine aktivere Rolle ausfüllen müssen (beziehungsweise dürfen), um über die gesamte Breite der politischen Agenda hinweg „präventiv“ Strategien und Aktionspläne für heraufziehende Krisen auszuarbeiten. Nicht alles ist planbar, aber manche Überraschung ist gut vorbereitet besser zu bewältigen. Dies ist die wichtigste Lehre aus dem Krieg im Irak: Es gilt – über ideologische Grenzen hinweg –, sachgerechte Lösungen für die großen Herausforderungen der heutigen Zeit zu entwickeln. Wer dies schuldig bleibt, macht sich als Partner unattraktiv – im Inneren wie im Äußeren.